



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Christine Kamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### Für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in Europa

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt den Beschluss des Europäischen Parlaments vom 12.09.2018, der den Europäischen Rat zur Einleitung eines Rechtsstaatsverfahren gegen Ungarn nach Art. 7 Vertrag über die Europäische Union (EUV) wegen der eindeutigen Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der Werte, auf die sich die Union gründet, auffordert.

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, sich auf Bundes- und europäischer Ebene sowie bei der österreichischen Ratspräsidentschaft für einen ehrlichen und klaren Dialog mit der Regierung von Victor Orbán zu den gemeinsamen europäischen Prinzipien über Rechtsstaatlichkeit und Demokratie einzusetzen.

Der Landtag fordert die Staatsregierung weiter auf, im eigenen Regierungshandeln sich stets von unseren Europäischen Werten, der Achtung der Menschenwürde und Menschenrechte, der Sicherung der individuellen Freiheit leiten zu lassen und bei allen bilateralen Beziehungen für die Achtung dieser Werte und der Rechte der Minderheiten einzutreten.

### Begründung:

Der von der GRÜNEN-Berichterstatterin Judith Sargentini verfasste Bericht ist nüchterne Analyse der politischen Entwicklungen in Ungarn. Der Bericht bescheinigt der Regierung Orbán eindeutig Einschränkungen der Meinungs-, Forschungs- und Versammlungsfreiheit sowie eine Schwächung des Verfassungs- und Justizsystems und das Vorgehen der Regierung gegen Nichtregierungsorganisationen. Darüber hinaus werden in ihm Verstöße gegen die Rechte von Minderheiten und Flüchtlingen aufgezählt sowie Korruption und Interessenkonflikte.

Europa basiert auf Werten, die universell sind: Achtung der Menschenwürde, Demokratie, individuelle Freiheit, Menschenrechte, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit. Die europäischen Werte nehmen Schaden in einer Debatte, in der nationale Egoisten schwerer wiegen als das gemeinsame europäische Interesse. Wenn die Europäische Union ihre demokratischen Grundwerte verliert, verliert sie das, was sie ausmacht. Europa beruht auf dem Versprechen von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und bürgerlichen Freiheiten.

Bei Rechtsstaatlichkeit und Demokratie darf es in Europa keine Kompromisse geben. Das Europaparlament zeigt klare Kante für Europas Grundwerte. Dem bedrohlichen Verfall von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in Ungarn darf nicht mehr tatenlos zugeesehen werden. Die Entscheidung des Europäischen Parlaments ist ein wichtiges Signal an die Demokraten und Europafreunde in Ungarn. Auch Bayern darf zum Abbau demokratischer Grundwerte, Ausgrenzung von Minderheiten, Antisemitismus wie Antiziganismus nicht schweigen!

Bayern liegt im Herzen Europas und muss ein vitales Interesse an einem starken Europa haben. Als Land, das viele zivilgesellschaftliche und kulturelle Beziehungen zu seinen Nachbarn pflegt, als Wirtschaftsstandort, der vom Export seiner Güter lebt, als Heimat von Menschen mit unterschiedlichen sozialen, kulturellen und religiösen Hintergründen.